2013.SR.000047

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Motion Fraktion GB/JA! (Franziska Grossenbacher, GB): «Bern erneuerbar» auf städtischer Ebene umsetzen; Fristverlängerung Punkt 1/Begründungsbericht Punkt 2 und 3

Mit SRB 2014-96 vom 27. Februar 2014 wurde die folgende Motion Fraktion GB/JA! erheblich erklärt. Mit SRB 2016-525 vom 10. November 2016 wurde Punkt 4 der Motion als erfüllt abgeschrieben und für die Punkte 1 bis 3 eine Fristverlängerung bis zum 28. Februar 2018 genehmigt, mit SRB 2018-437 vom 08. November 2018 wurde eine erneute Fristverlängerung bis Ende Februar 2020 genehmigt.

Die Stadtberner Bevölkerung hat am 3. März 2013 den Willen zum Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien deutlich bekundet. In der Stadt Bern nahmen 52,9% der Stimmbevölkerung die Initiative «Bern erneuerbar» und 60,5% den Gegenvorschlag an. Die Ablehnung der Initiative und des Gegenvorschlags auf kantonaler Ebene ist eine verpasste energiepolitische und wirtschaftliche Chance. Die Stadt Bern soll sich nicht vom Kanton bremsen lassen, sondern mit der zugesicherten Unterstützung der städtischen Bevölkerung beim Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien rasch vorwärts machen. Die beiden Vorlagen «Bern erneuerbar» sahen vor, die Energieversorgung des Kantons Bern auf eine erneuerbare Grundlage zu stellen. Gemäss der Initiative sollte Strom ab 2035 und Energie für Heizung und Warmwasser ab 2050 vollständig aus erneuerbaren Energiequellen stammen. Der Gegenvorschlag des Grossen Rates verfolgte dasselbe Ziel, verzichtete jedoch auf die Festlegung von Zwischenzielen und verlangte eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien bis 2043.

Mit dem Richtplan Energie verfügt die Stadt Bern über eine gute Grundlage, um die Forderungen von «Bern erneuerbar» auf städtischer Ebene umzusetzen. Das kantonale Energiegesetz verpflichtet die energierelevanten Gemeinden im Kanton Bern, einen kommunalen Richtplan Energie zu erstellen. Am 20. Juni 2012 wurde der erarbeitete Richtplan Energie für die Stadt Bern vom Gemeinderat verabschiedet. Die Unterlagen wurden inzwischen aufgrund der Ergebnisse der öffentlichen Mitwirkung angepasst. Vor der Inkraftsetzung durch den Gemeinderat (voraussichtlich 2014) muss der Richtplan Energie vom Kanton genehmigt werden. Der kommunale Richtplan Energie ist ein behördenverbindliches strategisches Steuerungsinstrument. Er behandelt die Energieversorgung und -nutzung aller Gebäude und Anlagen in der Stadt Bern mit einem Zielhorizont bis ins Jahr 2035. Die Stadtverwaltung erhält mit der Inkraftsetzung den verbindlichen Auftrag, den Inhalt des Richtplans Energie umzusetzen.

Dem Energierichtplan liegen bezüglich der Wärme- und Elektrizitätsversorgung folgende Zielszenarien mit Zeithorizont 2035 zu Grunde, die am 6. Juli 2011 vom Gemeinderat beschlossen wurden: Beim Wärmebedarf werden die lokal verfügbaren, erneuerbaren Energiequellen und Abwärmen maximal genutzt. 70% des Wärmebedarfs werden mit erneuerbaren Energie und Abwärme gedeckt, davon werden 89,5% lokal in der Stadt Bern produziert (bis 2035). Bei der Elektrizitätsversorgung entspricht der Anteil erneuerbarer Energien 95%, wovon 35,4% lokal in der Stadt Bern produziert werden. Der Ausstieg aus der Kernenergie bis 2039 wurde vom Berner Stimmvolk im November 2010 beschlossen (Annahme des Gegenvorschlags zur «EnergieWendeBern»).

Damit der Umbau der Energieversorgung in der Stadt Bern gelingt, braucht es zusätzlich zu den Leitplanken der künftigen Energieplanung verbindliche Vorgaben für die Besitzer und Besitzerinnen von bestehenden und neuen Liegenschaften. Um dies zu erreichen, muss der Richtplan Energie für die Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer verbindlich werden. Das bedingt eine Überführung der Inhalte in die baurechtliche Grundordnung. Nach der deutlichen Zustimmung der Stadtberner

Bevölkerung zu den Vorlagen «Bern erneuerbar» soll der zukunftsweisende Inhalt des Richtplans Energie möglichst rasch umgesetzt werden.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, den Richtplan Energie nach der Inkraftsetzung durch den Gemeinderat möglichst rasch umzusetzen. Dazu sind folgende Massnahmen notwendig:

1. Die Inhalte des Richtplans Energie sind möglichst schnell in die baurechtliche Grundordnung zu überführen. Dazu müssen die nötigen Volksentscheide vorbereitet werden
2. Die Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer sind nach der Inkraftsetzung über die Inhalte des Richtplans zu informieren
3. Zusammen mit EnergieWasserBern und dem Ökofonds sind geeignete Massnahmen zur Unterstützung der Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer zu entwickeln
4. Im Rahmen der Aktualisierung der Energiestrategie sind Zwischenziele und Zwischenschritte für die Umsetzung des Energierichtplans zu definieren.

Bern, 14. März 2013

Erstunterzeichnende: Franziska Grossenbacher

Mitunterzeichnende: Mess Barry, Esther Oester, Cristina Anliker-Mansour, Christine Michel, Sabine Baumgartner, Leena Schmitter, Stéphanie Penher

Bericht des Gemeinderats

Zum besseren Verständnis der nachfolgenden Ausführungen sei eingangs darauf hingewiesen, dass der «Richtplan Energie der Stadt Bern» ein vom Kanton genehmigtes und vom Gemeinderat verabschiedetes, behördenverbindliches Planungsinstrument mit einer Geltungsdauer bis 2035 darstellt. Die in diesem Bericht ebenfalls mehrmals erwähnte «Energie- und Klimastrategie 2025 der Stadt Bern» ist das Umsetzungsinstrument dazu, mit einem Zeithorizont bis 2025. Die darin enthaltenen Ziele sind aus dem Richtplan Energie abgeleitet und entsprechen dessen Zielvorgaben.

Zu Punkt 1:

Es ist darauf hinzuweisen, dass nur ein marginaler Teil der Richtplanung Energie aufgrund der übergeordneten Gesetzgebung überhaupt auf Gemeindeebene aufgenommen werden kann. Die aktuelle Arbeit bezieht sich denn auch auf leitungsgebundene erneuerbare Energieträger für die Wärmeversorgung und die Pflicht, bei Heizungsersatz auf erneuerbare Energie umzusteigen.

Die Vorarbeiten zur Überführung von Inhalten der Energierichtplanung in die Baurechtliche Grundordnung sind seitens der Stadt Bern abgeschlossen. Das Geschäft wurde mit Datum vom 20. Januar 2020 seitens des Amts für Gemeinden und Raumordnung (AGR) mit Änderungsaufgaben an die Stadt Bern retourniert.

Da die Änderungsaufgaben weitere Gespräche zum inhaltlichen Abgleich mit den kantonalen Behörden erfordern, konnte das Geschäft bisher nicht abgeschlossen werden. Die anstehenden Schritte zur Kommunikation mit den kantonalen Entscheidungsträgern des Amts für Gemeinden und Raumordnung und des kantonalen Amts für Energie und Umwelt sind geplant. Weil dieser Punkt des vorliegenden Geschäfts demzufolge noch nicht abgeschlossen werden konnte, beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat eine Fristverlängerung um zwei Jahre.

Zu Punkt 2:

Seit der Inkraftsetzung des Richtplans Energie sind etliche Anstrengungen unternommen worden, um die Bevölkerung über die Inhalte und die Umsetzung desselben zu informieren. Insbesondere erwähnt werden muss die Energieberatung Stadt Bern, welche vom Amt für Umweltschutz (AfU)

zusammen mit Energie Wasser Bern (ewb), finanziert durch den Ökofonds ewb, seit dem 1. September 2016 allen Bernerinnen und Bernern für richtplankonforme Energieberatungen offensteht. Es wurden aber auch diverse Informationsanlässe in verschiedensten Rahmen durchgeführt, Werbung in Quartieranzeigern geschaltet, Medienmitteilungen gemacht, die Wärmeversorgungskarte aufgeschaltet und im Sommer 2017 zusammen mit der Universität Bern eine Ausstellung zu den Themen Energie, Klima und Mobilität durchgeführt, in der die Energierichtplanung prominent vorgestellt wurde sowie in den Jahren 2018 und 2019 je ein grösserer öffentlicher Anlass zu nachhaltiger – und damit CO₂-reduzierter – Ernährung durchgeführt.

Mit dem frei zugänglichen Controllingbericht zur Umsetzung der Energie- und Klimastrategie 2025 der Stadt Bern wird alle zwei Jahre ausführlich Bericht über die Zielerreichung insgesamt sowie über den Stand aller Massnahmen erstattet. Aktuell werden die Daten für die Berichtsperiode 2017 bis 2019 gesammelt, analysiert und ausgewertet. Der Bericht wird dem Gemeinderat Ende August vorgelegt und danach unter <https://www.bern.ch/themen/umwelt-natur-und-energie/energie/energie-und-klimastrategie> öffentlich einsehbar sein.

Zu Punkt 3:

ewb, der Ökofonds ewb und das AfU haben bisher mitunter folgende Massnahmen zur Unterstützung von Liegenschaftsbesitzenden umgesetzt (Liste nicht abschliessend):

- Wärmeversorgungskarte der Stadt Bern.
- Solarkarten (PV und Wärme) der Stadt Bern.
- Energieberatung Stadt Bern, welche für alle Bernerinnen und Berner sowie für Liegenschaftsbesitzende in der Stadt Bern richtplankonforme Unterstützung und Beratung bietet und Informationsanlässe durchführt.
- Bern-saniert plus, ein Beratungsprogramm für energetische Gebäudesanierungen, welches durch den Ökofonds ewb finanziell unterstützt wird.
- Förderprogramm für Übergangslösungen bei Heizungsersatz. Die Liegenschaftsbesitzenden können davon profitieren, wenn ein Heizungsersatz ansteht, die Fernwärme aber noch nicht verfügbar ist. Die maximale Bezugsdauer ist auf 5 Jahre festgelegt.
- Unterstützung für Machbarkeitsstudien bei Abklärungen für Wärmeverbünde welche mit erneuerbarer Energie betrieben werden.

Am 22. Mai 2019 hat der Gemeinderat der Stadt Bern im Rahmen der Klimadebatte ein zusätzliches Massnahmenpaket zur Beschleunigung der Umsetzung der Energierichtplanung genehmigt, welches in der Zwischenzeit in die Energie- und Klimastrategie aufgenommen wurde. Die Massnahmen finden sich, ebenfalls öffentlich zugänglich, unter oben genanntem Link als Massnahmenpaket 8, «Erweiterter Handlungsplan Klima» auf den Seiten 52 bis 62.

Weitere Aktivitäten werden laufend folgen und stellen als Kernelemente der Energierichtplanung in der Regel Daueraufgaben dar, welche die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie in den kommenden Jahren umsetzen wird.

Fazit:

Punkt 1 der Motion braucht aufgrund umfassender Arbeiten zum Abgleich zwischen Kanton und Gemeinde zusätzliche Zeit. Für diesen Punkt ist folglich eine Fristverlängerung erforderlich. Es zeigt sich, wie schon in der Antwort 2018, dass es sich bei den beiden offenen Punkten 2 und 3 der Motion um Aufgaben handelt, welche langfristige Umsetzungshorizonte haben. Da bereits eine ausführliche Berichterstattung zur Zielerreichung alle zwei Jahre stattfindet, verweist der Gemeinderat auf diese (Controllingbericht Energie- und Klimastrategie 2025 der Stadt Bern).

Punkt 2 und 3 liegen in der Zuständigkeit des Gemeinderats und haben deshalb den Charakter einer Richtlinien-Motion. Mit den vorliegenden Ausführungen zu den Punkten 2 und 3 unterbreitet der Gemeinderat dem Stadtrat gleichzeitig den entsprechenden Begründungsbericht.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Für die Finanzierung von Massnahmen zur Erreichung der im Richtplan festgeschriebenen energiepolitischen Ziele werden, bei Bedarf, dem finanzkompetenten Organ entsprechende projektspezifische Anträge unterbreitet.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion GB/JA!; Fristverlängerung Punkt 1/Begründungsbericht Punkt 2 und 3.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Erfüllung von Punkt 1 der Motion bis Ende Februar 2022 zu.

Bern, 11. März 2020

Der Gemeinderat